

Stadt Drensteinfurt – Bürgermeister Carsten Grawunder
Stadt Ascheberg – Bürgermeister Dr. Bert Risthaus
Stadt Hamm – Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann
Kreis Coesfeld – Landrat Konrad Püning
Kreis Warendorf – Dr. Olaf Gericke

Sehr geehrte Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister,

wir als VertreterInnen der Bürgerinitiativen gegen Gasbohren wenden uns an Sie als Kommunen und Kreis, die unmittelbar von den Erdgasplänen der HammGas GmbH & Co. KG betroffen sind.

Wie Sie aus der Berichterstattung zu der Podiumsdiskussion in Ascheberg am 12.11.2014 erfahren haben dürften, hat sich der Geschäftsführer der HammGas, Herr Presse, persönlich für eine Änderung des Bergrechts bzgl. der Beweislastumkehr ausgesprochen. Wir als VertreterInnen der Bürgerinitiativen sind darüber erfreut, dass Herr Presse sich persönlich damit eine unserer wichtigsten Forderungen in der Argumentation zum Gasbohren zu eigen gemacht haben.

Dies nehmen wir nun zum Anlass, uns in diesem offenen Brief an Sie zu wenden. Denn bereits vor über drei Jahren hat die Bezirksregierung Arnsberg als zuständige Genehmigungsbehörde darauf hingewiesen, dass das Bergrecht dringend reformiert werden müsse. Zu den Verbesserungsvorschlägen gehört neben einer verpflichtenden Sicherungsrücklage der antragstellenden Unternehmen auch die Beweislastumkehr. Leider sind bisher alle Bemühungen, das Bundesberggesetz fit für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu machen, an den jeweiligen CDU-geführten Bundesregierungen gescheitert.

Wir sind nun sehr erfreut, dass Herr Presse persönlich nicht bereit ist, diesen skandalösen Misstand länger hinzunehmen. Es ist ja auch schwer vorstellbar, dass in Deutschland eine Behörde auf einer Grundlage genehmigen muss, die von dieser Behörde selber als völlig unzureichend gebrandmarkt wurde. Eine solche rechtliche Grundlage wäre z.B. im öffentlichen Straßenverkehr schlichtweg nicht vorstellbar. Und da es sich bei der Förderung von Erdgas um wesentlich riskantere Vorhaben handelt als den Betrieb eines PKWs, sollten entsprechend die gesetzlichen Rahmenbedingungen den in Deutschland üblichen Mindeststandards genügen.

Aus diesem Grunde werden wir als Bürgerinitiativen versuchen, bei den zuständigen Ministerien in Düsseldorf ein Stopp aller weiterer Genehmigungen zu erwirken, bis es zu einer Änderung des Bergrechts gekommen ist. Wir denken, dass wir hier auch im Sinne des Geschäftsführers von HammGas, Herrn Presse, handeln.

Sehr geehrte Bürgermeister und Landräte,

wir bitten mit diesem Brief um Ihre politische Unterstützung in dieser Angelegenheit und fordern Sie auf, einen entsprechenden Beschluss des Stadtrates bzw. Kreistages zu erwirken. In diesem Beschluss sollte festgehalten werden:

- Die Stadt / der Kreis fordert von der Landesregierung den Stopp weiterer Genehmigungen auf Grundlage des aktuellen Bundesberggesetzes, dessen erhebliche Mängel durch die Bezirksregierung seit 2011 aktenkundig ist
- Die Stadt / der Kreis fordert von der Landesregierung, die Bundesratsinitiative für eine Bergrechtsänderung konsequent voranzutreiben, um insbesondere die Beweislastumkehr rechtlich zu verankern
- Die Stadt / der Kreis fordert von der Bundesregierung, endlich in einen konstruktiven Dialog zur Änderung des Bundesberggesetzes einzutreten, indem die entsprechende

Bundratsinitiative der Länder aufgegriffen und ein Gesetzentwurf rasch erarbeitet wird.

Wir bitten um eine Eingangsbestätigung dieses Schreibens und um dessen Weitergabe an die Fraktionen in den Kreistagen bzw. Stadträten.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Jürgen Blümer
Drensteinfurt

BIGG Drensteinfurt e.V.:
Stefan Henrichs

BIGG Hamm:
Dirk Hanke

BIST e.V. Herbern:
Wilfried Voß (Vors.)
Frank Kemna (stellv. Vors.)
Marie-Louise Maybaum
Marie-Luise Voß

BIGG Werne:
Christian Krumkamp